

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

164 (17.7.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Filialen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., ausgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Rezension, Legte Post, Feuilleton und Unterh-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herrn. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die politische Entwicklung Sachsens.

Bir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie sehr besonders gerade in Süddeutschland die politische Entwicklung Sachsens eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Sachsen ist das Land der Industrie und der Sozialdemokratie, aber es war bisher auch das Land der Reaktion, ganz im Gegensatz zu den süddeutschen Bundesstaaten, die weniger industriell sind, wo aber ein liberaler Geist herrscht. Während die süddeutschen Staaten ihre Wahlgesetze fortschrittlich revidierten, dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht entgegen, ging Sachsen von einem ziemlich allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu einem reaktionären Klassenwahlrecht zurück, das noch plutokratischer ist, als das preussische, das „elendeste aller Wahlgesetze“. Während in Süddeutschland eine fast vollständige Vereins- und Versammlungsfreiheit bestand, wie in demokratischen Bundesstaaten, herrschte in Sachsen ein Unterdrückungs- und Verfolgungssystem, wie unter dem Sozialistengesetz. Sächsische Sozialdemokraten fühlen sich in ein ganz fremdes, jenes Land der Freiheit versetzt, wenn sie plötzlich einmal aus Sachsen nach dem Süden des „deutschen Vaterlandes“ kamen und da sahen, daß die Polizei gar keine Notiz von ihnen nimmt. Gar manche Kritik, die von sächsischen oder anderen norddeutschen Parteigenossen an der Taktik der süddeutschen Sozialdemokraten, nach unserer Meinung ganz unberechtigt, geübt worden ist, erklärte sich lediglich aus den verschiedenen politischen Verhältnissen, die naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen und die Taktik der politischen Parteien bleiben. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß die süddeutschen Staaten ein Übermaß von Freiheit besitzen, i bewahre, aber der Unterschied zwischen Sachsen und den süddeutschen Bundesstaaten Preußen, Baden und Württemberg war doch so gewaltig, daß man sagen kann: zwei grundverschiedene Regierungssysteme, brutale Unterdrückung und Freiheit, standen sich hier gegenüber. Die Frage war, welches System sich auf die Dauer wohl als haltbarer und vorteilhafter für das Staatswesen erweisen wird?

Kein politisch gebildeter Mensch konnte darüber im Zweifel sein, daß Sachsen ein glänzendes Fiasko machen, keine reaktionäre Politik der Unterdrückung elend zusammenbrechen müsse. Und sie ist zusammengebrochen! Die Wahlreformschmerzen der Regierung und des Lohnwobohu bei den Verhandlungen über die Wahlreform haben das gezeigt. Aber eine andere Erscheinung kennzeichnet auch den Wandel, der sich in der sächsischen Regierungspolitik vollzieht. In der Reichstagsitzung vom 1. Mai 1895, bei der ersten Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurfes, betreffend das Recht der Koalition, nahm der damalige sächsische Bundesrats- bevollmächtigte Graf von Hohenthal, der heutige sächsische Staatsminister, auf eine Rede Grillenbergers hin, der die sächsische Polizeipraxis scharf geißelt hatte, das Wort und sagte u. a., nach dem stenographischen Bericht: „Daß sozialdemokratische Versammlungen, in denen der Mißbrauch geübt wird... (Sachen bei den Sozialdemokr.). Die königlich sächsische Regierung würde meinen, die Pflichten, die sie gegenüber den friedliebenden Einwohnern des Landes hat, auf das gründlichste zu verletzen, wenn sie von den Waffen, die ihr die Gesetzgebung in die Hand gegeben hat, nicht einen möglichst ausgiebigen Gebrauch machen wollte. Sie ist der Meinung, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes, so wie sie bei uns geschieht, ihre Pflicht und Schuldigkeit ist und möchte ich ähnlich, wie dies einmal in der sächsischen Kammer geschehen ist, das Vereinsgesetz als ein Juwel unserer Gesetzgebung bezeichnen, (Sachen bei den Sozialdemokr.), ja, als ein Juwel unserer Gesetzgebung gerade in unserer heutigen Zeit. Meine Regierung wird an dem Gesetz und an seiner Handhabung festhalten, so lange sie die große Mehrheit des Landtags, wie es gegenwärtig der Fall ist, hinter sich hat.“

Wie in Sachsen das „Juwel“ damals und bis vor einigen Jahren gehandhabt wurde, ist noch in aller Erinnerung. Die ganze Welt lachte darüber und die sächsische Sozialdemokratie gedieh dabei kräftig. Nun werden in sächsischen Blättern die Ausführungsbestimmungen zum neuen Vereinsgesetz veröffentlicht, die von demselben Herrn Grafen von Hohenthal erlassen worden sind, welcher seinerzeit im Reichstage die Madelstich- und Schikanierungs- politik als eine selbstverständliche „Pflicht“ der sächsischen Regierung bezeichnet hatte und in denen es gleich eingangs, im allgemeinen, heißt:

„Das Ministerium des Innern erwartet, daß die mit dem Vollzuge des Gesetzes und der Ausführungsverordnung betrauten Organe — dem liberalen Zuge des Gesetzes folgend — dieses in der Praxis entsprechend anwenden und sich von jeder Schikane und Anfechtungspolitik fernhalten werden. Als

oberster Grundsatz ist dabei zu beachten, daß nicht durch einzelne Verwaltungs- und Polizeimaßregeln Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes herbeigeführt werden, die, entsprechend der Tendenz des Gesetzes und insbesondere der einschränkenden Vorschrift in § 1 des Gesetzes, in Zukunft gerade vermieden werden sollen.“

Daß gerade Graf Hohenthal diese Verordnung erlassen mußte, läßt den Umschwung in der politischen Richtlinie der sächsischen Regierung noch schärfer hervortreten. Dieser Umschwung ist nicht plötzlich eingetreten, sondern seit 1903, seit dem damaligen großen Wahlsieg der Sozialdemokratie, allmählich. Und die Regierung ist dabei nicht etwa einer plötzlichen Vernunft gefolgt, sondern hat sich mit einer Taktische abgefunden, an der sie nichts mehr zu ändern vermochte: auf einem gewissen Höhepunkt angelangt, hat die Arbeiterbewegung alle ihr gezogenen Schranken und Hindernisse in der Praxis einfach überannt. Solange eine Bewegung noch relativ klein ist, kann man sie polizeilich kontrollieren und ihr Hindernisse in den Weg legen, aber wenn sie sich einmal so durchgesetzt hat, wie in Sachsen die Sozialdemokratie, hebt sich jede Reglementierung schließlich von selbst auf und wird nur eine Qual und eine Last für diejenigen, die sie durchführen wollen. Hunderte und Tausende von Versammlungen und Sitzungen täglich zu überwachen, zu protokollieren, Hunderttausende von Mitgliedern zu kontrollieren und schikanieren — das kann die bestorganisierte Polizei in einem so kleinen Lande, wie Sachsen, nicht, und ein Zweck war gar nicht mehr zu sehen! Vereinzelt Behörden — wie z. B. in Zittau — haben schon seit Jahren die Versammlungen gar nicht mehr überwachen lassen, in fast allen Versammlungen waren „Jugendliche“ unter 21 Jahren und auch die Strahendemonstrationen konnte die Polizei nicht verhindern. Ob die Behörden und die Regierung wollten oder nicht: sie mußten den Dingen einen freieren Lauf lassen und allmählich bequemen sie sich auch dazu, das offiziell anzuerkennen. Und deshalb hatte auch schon seit einiger Zeit, noch ehe das neue Vereinsgesetz in Aussicht genommen war, eine „liberalere“ Anwendung der Gesetze durch die Behörden eingesetzt. In geschlossenen Zügen können heute die Arbeiter am 1. Mai an und bei ähnlichen Gelegenheiten auf der Straße demonstrieren, Festzüge werden den sozialdemokratischen Vereinen bei ihren Sommerfesten als ganz selbstverständlich verboten wurden, Versammlungen werden nur in bestimmten Fällen noch polizeilich überwacht und ein besonders hervortretender Unterschied zwischen Sachsen und den süddeutschen Bundesstaaten ist in dieser Beziehung kaum mehr wahrzunehmen! Das ist zweifellos ein vollständiger Umschwung in der Politik der sächsischen Regierung gegenüber der Sozialdemokratie, der eine Folge des Fiaskos der früheren Unterdrückungspolitik ist — und der zunehmenden Bedeutung der Arbeiterbewegung im öffentlichen Leben. Aber noch kann sich die sächsische Regierung nicht dazu aufschwingen, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wahlrechtsfrage anzuerkennen. Der Landtag wurde vertagt, ohne daß ein anderes Wahlrecht zustande kam und wenn die Regierung den zwischen den Konservativen und Nationalliberalen geschlossenen Kompromiß auch nicht billigt, weil er keine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage bedeute, so nimmt die Regierung in der Wahlrechtsfrage doch einen ebenso bornierten Standpunkt ein, wie die Landtagsmehrheit, die ihren Willen übrigens im Herbst dennoch durchsetzen und ihren Kompromiß zum Gesetz erheben wird. Damit wird jedoch die politische Entwicklung nach vorwärts nicht verhindert, sondern nur nochmals um eine kleine Spanne Zeit verzögert. Wie das zunehmende freieitliche Empfinden des Volkes eine Polizeischranke nach der anderen niederriß, so wird die demokratische Entwicklung im Volke auch die Gesetzgebung auf anderen Gebieten schließlich mit sich reißen. Denn die politische Entwicklung eines Landes ist in erster Linie die politische Entwicklung des Volkes. Und deshalb „macht“ in letzter Linie doch das Volk die Politik und nicht einzelne Personen, die sich „Regierung“ nennen. Sachsen hat uns das in den letzten Jahren gezeigt und wird es in Zukunft noch deutlicher tun. Der reaktionäre Versuch in Sachsen ist mißlungen, sein Fiasko wird immer deutlicher — und das ist ein Gewinn für andere Länder, die sich Sachsen zur Warnung sein lassen werden!

Deutsche Politik. Die Lichtsteuer kommt.

In den „Berliner Politischen Nachrichten“ wird offiziös die Gas- und Elektrizitätssteuer verteidigt. In Form einer polemisch gegen freisinnige Blätter, welche dieses Steuerprojekt bekämpft hatten, wird ausgeführt: „... Dabei ist aber nirgends der Hauptgefahrpunkt, der bei der

Frage einer Besteuerung des Verbrauchs von Gas und Elektrizität zu Leuchtzwecken in Betracht kommt, auch nur gestreift worden. Das Reich besteuert bekanntlich in dem Petroleumzoll in Höhe von durchschnittlich 75 Millionen Mark bereits einen Leuchtstoff, der die Beleuchtung weiter Kreise unserer Bevölkerung, insbesondere auch der minder wohlhabenden breiten Massen liefert. Wenn das Reich also bereits einen Leuchtstoff besteuert, und zwar gerade denjenigen, der von den breiten, minder wohlhabenden Massen gebraucht wird, so wirft sich bei einem starken Mehrbedarf des Reiches an Einnahmen von selbst die Frage auf, ob nicht auch der Verbrauch an anderen Leuchtstoffen im Interesse der Gerechtigkeit einer ähnlichen Besteuerung zu unterwerfen sein würde, namentlich, wenn es sich, wie bei dem Leuchtgas, um den Leuchtstoff des Mittelstandes und bei der elektrischen Beleuchtung um den der wohlhabenden Minderheit handelt...“

Die Lichtsteuer soll sonach, um sie mundgerechter zu machen, als Luzussteuer angeprochen werden.

Eine geheime Umfrage

veranstaltet die preussische Regierung zurzeit bei den Landräten, durch die um Angabe erlucht wird, in welchen Landgemeinden sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden sind und wie hoch sich ihre Zahl beläuft. Die beträchtlichen Fortschritte, die unsere Partei in den letzten Jahren bei den Gemeindevertreterwahlen auf dem Lande erzielt hat, scheinen demnach die Regierung stark beunruhigt zu haben. Es ist nur nicht recht erfindlich, was mit der Geheimnistuerei in einer Angelegenheit bezweckt wird, die allgemein ganz klar zutage liegt.

Der Militärretat in der bayr. Abgeordnetenversammlung.

Bei der Beratung des Militärretats 1903, der als zweiter Teil bezeichnet wird, gab es ernste und heitere Szenen. Genosse Segitz hatte an der Hand eines Nürnbergers Falles, in welchem beim Sturz eines Soldaten zuerst nach dem Pferde gesehen, der Mann aber liegen gelassen wurde, die Wendung gebraucht: Der Soldat soll mindestens so gut behandelt werden wie das Vieh! Der Kriegsminister drehte die Sache um und bemerkte, daß er für eine Aeußerung, daß das Vieh besser behandelt werde als der Soldat, im Namen der Armee nur eine Verachtung habe! Der 2. Vizepräsident Dr. Hammer Schmidt (lib.) fand kein Wort der Rüge, weshalb Mittwoch Nachmittag die Genossen Segitz und Müller scharf Selbstkritik übten und den Kriegsminister heftig angriffen unter dem Gelächter des 1. Vizepräsidenten.

Ein Zentrumsabgeordneter Boibl, ein hochmütiger, aber nicht gescheiter früherer Trainleutnant, jetzt Malzfabrikant, stellte die Behauptung auf, daß er nicht zugeben könne, daß Sozialdemokraten Offiziere würden — aus den bekannten alten Gründen. Abg. Segitz verwies auf die Verfassung und schlußfolgerte, daß man sie dann auch nicht zu Soldaten nehmen sollte. Boibl beharrte auf seiner Anschauung und bemerkte, daß er und seine Parteifreunde, welche Offiziere des Beurlaubenslandes seien, trotz der Ausführungen Segitz gegen die Auffassung der gleichen Behandlung der Sozialdemokraten seien. Aber Dr. Heim (Zentr.) trat diesem Standpunkte sehr entschieden entgegen mit dem Ausspruch: er kenne keine Zentrumsparthei mit und ohne Troddel!

Wahlproteste zum preussischen Landtage. Es sind im ganzen 52 Wahlproteste eingegangen, darunter gegen die Mandate der Genossen Vordmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann.
Berurteilung eines liberalen Lehrers. Lehrer Bohl hat nach einer Meldung der „Neuen bayerischen Landeszeitung“ in dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren einen strengen Verweis erhalten, mit der Androhung, im Wiederholungsfall strafweise versetzt oder aus dem Dienst entlassen zu werden. — Damit wäre der Wunsch des bayerischen Kultusministers also erfüllt.

Tuberkulose u. Heilstättenbehandlung.

I.
Genosse Friedrich P o t h in Freiburg bittet uns um die Aufnahme folgender Erwiderung:

Geehrte Redaktion! Die Frage Tuberkulose und Heilstätten hat inzwischen eine Diskussion ausgelöst, welche geeignet ist, sachliche wie persönliche Auffassungen herauszufordern. Ich gebe zu, daß mein Brief, welcher durch eine überaus zuvorkommende Aufmerksamkeit seitens der Redaktion den Weg in die Öffentlichkeit fand, wesentlich zu der Diskussion beigetragen hat. Dennoch dürften Sie es begreiflich finden, wenn ich nach Lage der Sache den Wunsch habe nach einer Entgegnung. Ich hoffe, Sie werden mir auch diesmal die Spalten Ihrer Zeitung bereitwillig öffnen, auch keinen Anstoß nehmen, an der Antwort, welche dem lebenswürdigen Verfasser des Eingekamts in der Nr. 152 gilt. Vorweg will ich konstatieren, daß ich dem: Man schreibt

Seite 8.
Ulff
tt
Juli
S
3232
gggenauer
herde
dem Quart
Rabatt
Luisenstr.
uration
en Taube
tage 188.
erstag
sttag
einladet
utz, Wirt.
eine weiß
Stück 2 80
12 M., K
Pf., Wer
eff. Schiff
merktlich
bessere St
bleibe
sfr. 38,
m's
nd
chtung
vorfänge u
Vorhänge
Jeder kann
abmachen
gallerien
agen
hafte Ware
risruhe.
sh Weber
Baden. Fe
rt, mit
in, Kaufm
mitan S
na Glas
nun hier
rich Jolei
ent. G
trators
alt 61
neiders

uns — gleichfalls eine Anzahl Auslassungen gegenüberstellen kann, welche sowohl Schreibweise, wie Vorschlag des gerügten Aufsatzes die Zustimmung verlangen zu müssen glauben.

Doch nun zu dem Verfasser, der sich nach seiner Erweiterung persönlich stark getroffen fühlt und demzufolge antwortet. Inwieweit er dazu berechtigt oder unberechtigt ist, will ich hier nicht erörtern. Zugeben will ich, daß ich geschwiegen hätte, wüßte ich, hinter dem Aufsatz stehe ein so außerordentlich geistreicher Verfasser; ich vermüßte hätte sicher das Produkt durchgehen lassen, gleichviel, ob es als Leitartikel oder im Feuilleton gebracht wurde. Auch wüßte ich bisher nicht, daß der Weg zum Geheimrat über den Gen. Bebel führt. Ich war im Gegenteil der Meinung, nach meiner allerdings lächerlichen Kenntnis badischer Traditionen, ein solcher Titel sei weit eher zu erreichen durch etwaige Teilnahme an fürstlichen Frühstückstafeln oder an sonstigen Hofangelegenheiten. Doch ich lasse mich gerne belehren. Wenn will ich mich auch dafür verwenden, daß dem Verfasser zur Feier des bevorstehenden Jubiläums eine allerhöchste Auszeichnung zuteil wird. Eventuell wüßte ich sogar einen diesbezüglichen Antrag an den bevorstehenden Parteitag in Nürnberg richten, zum Dank dafür, daß mir ebenfalls der Geheimratsstitel winkt.

Nun zu der Schreibweise des ersten Artikels. Ich habe die selbe eingangs schon angezogen. Ein Altes Wort sagt, der Ton macht die Musik. In diesem Falle war der Ton und Tonach auch die Musik sehr schlecht. Merkwürdigerweise meidet sowohl der Verfasser wie auch alle Eingekandten jene Seite des Angriffsobjektes. Ein darauf Bezug nehmender Satz meines Briefes fiel unbegrifflichweise dem Redaktionsstift zum Opfer. Ich gehe keineswegs zu den Leuten, welche die Ansichten anderer sofort als undeutlich bezeichnen. Wenn ein gemachter Vorschlag in gebrauchlicher Form auftritt, weshalb soll man nicht darüber diskutieren? Ein derbes Wort am richtigen Ort hat (auch nach meiner Auffassung) noch nie etwas geschadet. Allein es gibt auch in der Arbeiterbewegung, vornehmlich in der Arbeiterpresse, gewisse Grenzen, die man einhalten sollte. Hier sind nach meiner, ich gebe zu, unmaßgeblichen Meinung, diese Grenzen erheblich überschritten worden. Was bezweckt der Aufsatz? Er sollte eine abweichende Kritik bisheriger Heilmethoden Lungenkranke in den Heilstätten sein. Dazu bedurfte es doch wahrhaftig nicht der Ausdrücke wie Faulheit und Mäßigkeit, Faulheit u. dergl. Es kann gar nicht bestritten werden, daß jene Worte in ihrer Anwendung nicht das System, sondern die Kranken treffen wollten. Dafür bürgt schon der Nachsatz: Arbeit macht gesund! Uebrigens, wenn das wahr wäre, gäbe es verflucht wenig kranke Arbeiter.

Und wenn man die soziale Lage der Arbeiter, den Gesundheitsstand derselben kennt, wenn man die Nachteile der Arbeiterversicherung überhaupt, sowie die Praxis der Versicherungsanstalten sprechen läßt, d. h. in welcher ungenügender Maße für die Kranken allgemein gesorgt wird, wenn man andererseits weiß, daß die in eine Anstalt verwiesenen Kranken vielfach von der Sorge um ihre Familienglieder sehr stark niedergedrückt sind, ihnen in Rücksicht darauf häufig sogar den Eintritt in eine Anstalt verweigert, so empfindet man solche Worte als Unrecht. In diesem Zusammenhang war und ist es für mich und andere in hohem Maße verlehdend, so, wie geschehen, von den Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu reden.

Nun sagt der Verfasser: erst richtig lesen, dann lospoltern! Ich habe diese Mahnung getreu befolgt. Allein bei der Wiederholung wurden meine ersten Eindrücke bestätigt. Der erste Teil des Aufsatzes stellt die Kritik, der zweite neue Vorschläge dar. Nun ist bekanntlich nichts leichter, als Vorschläge zu machen. Die Durchführbarkeit steht auf einem anderen Blatte.

Was soll man davon halten, wenn an Stelle wirklich brauchbarer, praktischer Vorschläge ein kleiner Idealstaat erhalten muß, von dem Verfasser selbst die Auffassung hat, daß er erst in anderer Gesellschaftsordnung mit Erfolg durchführbar sein wird. Sogar er doch selbst, seine Lungenkur sei nichts als der schönste Traum des Zukunftsstaates.

Ich glaube ihm das. Er hat damit der Phantasie wahrhaftig keine allzu engen Grenzen gezogen. Bis zur Erreichung dieses Zieles bleibt bestehen: Die produktive Kraft der Arbeiterbewegung muß auch auf diesem Gebiete unter harter Alltagsarbeit Stück um Stück der gegenwärtigen Schäden hinweggeräumt werden. (Schluß folgt.)

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Eingig autorisierte Uebersetzung von Adolf Gehl.

(Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

„Guten Tag!“ grüßte er lächelnd. „Da bin ich wieder. Gestern hat man mich mitgenommen und heute komme ich von selbst!“ Er schüttelte Pawel kräftig die Hand, sagte die Mutter an der Schulter und fragte:

„Gibst du uns Tee?“

Pawel betrachtete schweigend sein braunes, breites Gesicht mit dem dichten, schwarzen Bart und seinen dunklen, klugen Augen. In ihnen glänzte etwas Bedeutendes und seine ganze stämmige Gestalt nahm durch ihre sichere Festigkeit für sich ein.

Die Mutter ging in die Küche, um den Samowar zurechtzumachen. Rybin setzte sich, strich seinen Bart, legte die Ellbogen auf den Tisch und warf Pawel einen finsternen Blick zu.

„Allo!“ sagte er, gleichsam ein unterbrochenes Gespräch fortsetzend. „Ich muß offen mit dir reden. Ich habe dich lange beobachtet, bevor ich gekommen bin. Wir wohnen fast nebeneinander, ich sehe, daß viele Leute zu dir kommen; getrunken und gekummelt wird aber nicht. Das ist der erste Punkt. Wenn die Leute aber nicht bummeln, fallen sie sofort auf — was ist da los? Ja. Deswegen streche auch ich allen in die Augen, weil ich still für mich lebe.“

Seine Worte flossen gewichtig, aber ungezwungen dahin und es klang ein Ton aus seiner Rede, der Vertrauen zu diesem Mann einflößte. „Ja. Alle reden über dich. Meine Wirtstleute nennen dich einen Reher. Du gehst nicht zur Kirche. Ich gehe auch nicht hin. Dann kamen die Papiere, diese Flugblätter. . . Hast du die zustande gebracht?“

„Ja!“ erwiderte Pawel, ohne den Blick von Rybins Gesicht abzuwenden. Der sah ihm ebenfalls fest in die Augen.

„Was sagst du!“ rief die Mutter, unruhig aus der Küche hereinblickend. „Du doch nicht allein.“

Pawel lächelte. Rybin ebenfalls.

„So!“ sagte er.

„Beratende Arbeitsräte.“

F. P. K. Paris, 14. Juli.

Die Kammer hat in Bausch und Bogen ein Gesetz über die „beratenden Arbeitsräte“ angenommen, das der legislativen Initiative des Senats entsprungen ist. Da es vom Senat kommt und ein „sozialpolitisches“ Gesetz ist, kann man sich leicht denken, was es wert ist; der Titel allein sagt genug. Das interessanteste an dem Gesetz ist seine Geschichte, weil sie zeigt, wie hier — und anderwärts — Sozialpolitik gemacht wird.

Als Millerand Minister war (1899—1902) verfuhrte er seine Ministerkammer in den Augen der Arbeiter durch Sozialreformen zu rechtfertigen, womit diese auch von ihren revolutionären „Bahnwebern“ geheilt werden sollten. Da er aber mit Recht fürchten mußte, daß er aufgehört haben würde, Minister zu sein, ehe auch nur eine größere Reform Gesetz würde, dekretierte er die Reformen. Wir halten uns nicht weiter bei einer Begutachtung dieser Art, Reformen schaffen zu wollen, auf, genug, das bedeutendste Dekret, das er schuf, war das der Arbeitsräte. Nach diesem Dekret sollten für bestimmte Provinzen oder Kreise von den Syndikaten der Arbeiter und Unternehmer Arbeitsräte, Arbeitskammern würde man in Deutschland sagen, gewählt werden. Deren Aufgabe sollte sein, Gutachten über alle Arbeitsfragen zu erstatten, die vom obersten Arbeitsrat angeordneten Statistiken vorzunehmen, die Normallöhne zu fixieren, Vorschläge gegen die Arbeitslosigkeit zu machen, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen usw. Als Krönung war dem Gange der schon erwähnte Oberste Arbeitsrat gegeben, der vornehmlich die Sozialgesetze vorbereiten sollte. Gegen diese Dekrete erhob sich ein Sturm im kapitalistischen Lager, zu dessen Echo sich der Senat machte. Der Oberste Verwaltungsrat erkannte zwar die Lokalität der Dekrete an, jedoch sind sie niemals ausgeführt worden. Nur der Oberste Arbeitsrat ist geschaffen und aufrechterhalten worden, der jedoch, da ihm die organische Grundlage fehlt, völlig in der Luft schwebt.

Um einen Vorwand zur Nichtanwendung der Dekrete zu liefern, ergriff der Senat die Initiative zur Schaffung eines Gesetzes. Das hat mehr als sechs Jahre gedauert. Herausgenommen ist dabei das von der Kammer gestern angenommene Gesetz. Darnach können überall, wo die Nützlichkeit anerkannt wird, nachdem die Provinzialräte, die Handelskammern und die Handwerkerkammern ihr Gutachten abgegeben haben, was allein mindestens ein Jahr dauern würde, „beratende Arbeitsräte“, deren Mitglieder sich zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammensetzen, durch Dekret eingesetzt werden. Ihre Aufgabe ist, die Organe der materiellen und moralischen Interessen ihrer Mandatgeber zu sein.“ Mittel hierzu gibt ihnen das Gesetz nicht an die Hand. Doch können ihre Beschlüsse, wenn sie ungeschickt sind, vom Präsekt annulliert werden. Der radikale Abgeordnete Deposse nannte das Gesetz sehr richtig den „Schatten eines Schattens“. So macht man Sozialpolitik.

Badische Politik.

Namen nennen.

Im „Beobachter“ erzählt ein katholischer Geistlicher, natürlich unter den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, das folgende Geschichtchen:

Erst vor 14 Tagen kam zum Schreiber ein als Sozialdemokrat allgemein bekannter Mann seiner Pfarrei, der zwar die Kirchkürkel u. d. noch nie in die Hand bekam, wohl aber den Knopf der elektrischen Klingel des Pfarrhauses. Er wollte diesmal nur 6 Mk. leihen, weil er augenblicklich in Not sei. Es war Ende des Gehaltsvierteljahres. Da ist jeweils beim Schreiber wie bei wohl den meisten Kontraktanten große Ebbe im Schreibstil. Der Mann versprach in acht Tagen das Geld wieder zu bringen. Wir wußten, daß das eine leere Rede sei und gaben ihm das letzte Geld — 6 Mk. Bis heute hat er sich nicht geregt, wird sich auch nicht mehr regen und wir werden ihm auch keine Verlegenheit bereiten. Auch ein löfliches Bild! Aber gar nicht so vereinzelt.

Wir werden ihm keine Verlegenheit bereiten. O nein; wir teilen den Fall bloß der Öffentlichkeit mit, sonst tun wir weiter nichts. So sagt Bodwürden. Die Sozialdemo-

kratie mag sich den Mann suchen; er ist in meiner Pfarrei als Sozialdemokrat bekannt. Punktum!

Ein unwürdiges Spiel ist's, was hier ein katholischer Geistlicher treibt. Er nennt nicht den Namen des Bittstellers, er sagt nur: Bis heute hat er sich nicht geregt. So hat es der „Beobachter“ auch im Falle Ged getrieben, bis er vor Gericht erklären mußte, er sei falsch informiert worden. Wir sagen also auch hier: Namen nennen! So lange der Geistliche diese Angabe verweigert, sind wir gezwungen, sein Geschichtchen als ein — Märchen zu bezeichnen, dazu bestimmt, die Sozialdemokratie zu diskreditieren!

Herrenhäuser für Trennung von Staat und Kirche.

Die am vorigen Freitag in der ersten Kammer geführte Debatte über das Verhältnis der Kirche zum Staate verdient besonders registriert zu werden. Wir haben den stenographischen Bericht, der gestern erschienen ist, zur Hand genommen, um ausführlich den Gang der Verhandlungen schildern zu können. Er zeigt uns vor allem, daß einzelne Mitglieder der ersten Kammer viel logischer und konsequenter der Materie gegenüberstehen, wie gewisse liberale Volksvertreter in der zweiten Kammer. Da war es zunächst der Berichterstatter der Budgetkommission, der Freiherr v. La Roche-Starkenfeld, der beim Gegenwärtigen: Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln; prophetische Ansichten über die Wirkung der Erhöhung der Kirchensteuer wie folgt kundgab:

„In diesem Moment auch noch eine Erhöhung der Kirchensteuer eintreten zu lassen, das erscheint fast unmöglich. Die Kirchensteuer ist eben anders zu beurteilen als die Staatssteuern und Gemeindefinanzen. Sie ist eine mehr oder weniger freiwillige Leistung, die sich nicht beliebig steigern läßt. Es sei offen heraus gesagt: Wenigstens in den Städten gibt es heutzutage weite Kreise, die mit der Kirche nur noch durch den dünnen Faden der Gewohnheit zusammenhängen. Ein weiteres Anziehen der Steuerschraube und der Faden reißt. Persönlichkeiten, die gut orientiert sind, befürchten deshalb, daß eine Erhöhung der Kirchensteuer zu einer Austrittsbewegung benutzt werden wird. Diese Meinung teilte auch der Oberkirchenrat in seinem Schreiben. Vor mir liegt der Brief eines angesehenen evangelischen Geistlichen des Landes, der sich im gleichen Sinne ausspricht. Daß Kräfte verschiedener Art vorhanden sind, welche mit Freunden die Gelegenheit ergreifen würden, eine solche Austrittsbewegung zu inszenieren, bedarf keiner weiteren Ausführung. Zeit nunmehr ein steuerzahlendes Familienoberhaupt aus der Kirche aus, so werden auch die übrigen Familienmitglieder dem Einfluß der Kirche entzogen, die Kinder brauchen an dem Religionsunterricht nicht mehr teilzunehmen und Staat und Kirche werden erst bei der heranwachsenden Generation den ganzen Schaden überblicken können.“

So hoch wie der Freiherr v. La Roche schätzen wir nun allerdings den Schaden nicht ein, aber der Redner stellte eine Tatsache fest, auf die wir Gewicht legen.

Der Erbebacher Bürgermeister Dr. Weiß zog, wenn auch etwas vorsichtig, die Konsequenzen aus der Forderung: Trennung von Kirche und Staat. Er sagte:

„Nun haben wir aus wohlwolligen Gründen den kirchlichen Gemeindefinanzen den Weg einer Besteuerung ihrer Angehörigen eröffnet und da, glaube ich, ist es eine notwendige Konsequenz, daß wir auch sobald wie möglich dahin kommen, daß die kirchlichen Genossenschaften auch alles dasjenige, dessen sie bedürfen, auf dem Wege ihrer eigenen Besteuerung ausbringen, soweit nicht etwa der Staat privatnützlich da oder dort herpflückt ist, zu kirchlichen Bedürfnissen etwas beizutragen.“

Einen geistlichen Artikelschreiber im „Bad. Beobacht.“ gefallt das Vorstehende gar nicht. Er wirft Herrn Weiß vor, er habe keinen Funken Verständnis für kirchliche Fragen. Das wird Herr Dr. Weiß zu ertragen wissen. Am schlechtesten ergeht es dem Geheimen Rat Dr. Le w o a l d. Er hatte den Mut, sich offen gegen die Erhöhung der Dotation für die Geistlichen auszubredeln:

„Die Frage ist nur, wer den Aufwand dafür aufbringen soll und da muß ich es nun auch als sehr unvernünftig bezeichnen, daß die Staatsdotation noch auf einige weitere Jahre fortgewährt werden soll, geschweige denn, daß ich mich

„Es verläuft richtig!“ sagte er. „Euch hat es zum Beispiel mit offenem Herzen zu mir geführt. Uns, die wir unser ganzes Leben lang arbeiten, führt es allmählich zusammen; und die Zeit kommt, wo es uns ganz vereint. Es ist ungerade und schwer, aber es öffnet uns selbst die Augen über seinen bittern Sinn, zeigt dem Menschen selbst, wie er den Verlauf beschleunigen kann. Wir alle denken gerade so, wie wir leben.“

„Das ist richtig. Aber wart' einmal.“ hielt Rybin ihm zurück. „man muß die Menschen erneuern, denke ich. Wenn jemand richtig wird, führt man ihn ins Bad, wäscht ihn, zieht ihm saubere Kleidung an — dann wird er gesund! Nicht wahr? Und wenn das Herz räubig wird, zieht man die Haut herunter, wenn auch Blut dabei fließt, wäscht das Herz, kleidet es neu — nicht wahr? Kann man denn einen Menschen anders reinigen?“

Pawel sprach eifrig und scharf über Gott, den Zaren, die Obrigkeit, die Fabrik und darüber, wie die Arbeiter im Ausland ihr Recht verteidigten. Rybin lächelte bisweilen, dann schlug er mit dem Finger auf den Tisch, als setzte er einen Punkt dahinter. Mehrfach rief er aus:

„So ist es!“

Und einmal sagte er leise:

„Ach, du bist noch jung. . . kennst die Menschen wenig.“ Dann blieb Pawel vor ihm stehen und meinte ernsthaft: „Wir wollen untersuchen, wessen Gedanken die richtigsten sind.“

„Das heißt, deiner Meinung nach hat man uns sogar mit Gott betrogen? Ich denke auch, unsere Religion ist falsch und schädlich.“

Hier mischte sich die Mutter ein. Wenn ihr Sohn über Gott und etwas sprach, was ihr teuer und heilig war, suchte sie ihren Willen. Sie wollte ihn schweigend bitten, er möchte nicht mit den scharfen, beißenden Worten ihr Herz zerfleischen. Hinter seinem Unglauben fühlte sie den Glauben, und das beruhigte sie.

„Wie kann ich seine Gedanken verstehen?“ dachte sie.

Es war ihr, als wenn Rybin, der erfahrene Mann, Pawels Worte ebenfalls unangenehm, und als Kränkung empfand.

mit der Erhöhung dieser Dotation einverstanden erklären...

Dr. Lewald plädierte dafür, daß die Kirchen die Besteuerung selbst vornehmen sollen und fährt dann fort:

Freilich sagt man, bei der großen jetzt herrschenden Steuerverdröppelheit sei der Weg nicht gangbar. Dieser Einwand läuft, wie schon bemerkt wurde, auf nichts anderes hinaus, als daß die Kirchen das Odium der Steuererhöhung auf den Staat abgeben wollen.

Da kommt er nun bei dem Artikel "Freier des 'Bad. Beobachter'" schon an. Er wird behandelt wie ein unwissendes Kind und ihm gesagt, daß er offenbar auch alles Verständnis dafür verloren, was die Kirche und die Religion dem Staate leisten.

Herr Graf Helmstatt hat auch die Frage der Trennung von Kirche und Staat getreift und gemeint, kein besonnener Mensch könne die Trennung fordern.

Was sagen dazu die Liberalen der Zweiten Kammer, die sich in ihren Reden ängstlich hüten, den Lewald'schen Gedanken irgend welches Zugeländnis zu machen?

Ein gutes Argument, das sich für die Dotationserhöhung allenfalls noch hätte vorbringen lassen, wäre das gewesen: durch die Politik des Reiches ist die empfindliche Steuerung hervorgerufen worden, welche jetzt die Aufbesserung der Beamtengehälter in Reich und Staat und nun auch die Aufbesserung der Pfrarrer zur unabwendbaren Notwendigkeit macht.

Darauf hat die Regierung geschwiegen. Sie wußte warum!

Die Beratung der Petitionen

im Plenum des Landtags könnte und zwar nur zum Vorteil der Petenten nachgerade eine zeitgemäßere werden.

Die Uebung, die schriftlich niedergelegten Berichte vorzu-

lesen, hat einmal den Nachteil, daß die Berichterstattung oft eine lange Zeit in Anspruch nimmt, sodann aber wird diesen monotonen Vorlesungen in den meisten Fällen nicht diejenige Aufmerksamkeit entgegengebracht, wie dem mündlichen Vortrag, zumal wenn, wie das häufig geschieht, ein halbes Dutzend und noch mehr Petitionen zur Vorlesung gelangen.

Die Verhandlungen über die Petitionen würden durch eine solche Behandlung an Interesse nur gewinnen. Ueberhaupt könnte die Geschäftsordnungskommission, die ohnehin nichts von sich hören läßt, sich sehr nützlich machen, wenn sie verschiedene alte Röpfe hinsichtlich der Art der Erledigung der Geschäfte des Landtags abschneiden bezw. dem Landtag entsprechende Vorschläge machen wollte.

Mit dem Bau der Feil- und Pflegeanstalt bei Konstanz soll in der nächsten Budgetperiode begonnen und es soll der Bau dann so gefördert werden, daß die Anstalt im Spätjahr 1913 mit rund 500 Krankenplätzen in Betrieb genommen werden kann.

Auf die Einhaltung dieses Zeitpunktes für die Eröffnung der neuen Anstalt ist ganz besonderer Wert zu legen, da auf eine Minderung des jährlichen Zugangs von anstaltsbedürftigen Geisteskranken vorerst nicht zu rechnen ist und deshalb bis dahin die bestehenden Anstalten einschließlich der in der laufenden Budgetperiode in Wiesloch zu erbauenden 12 neuen Krankenhäuser wieder an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt sein werden.

Für die Straßenerstellung im Anschlag von 78 000 M. und für die probitorische Wasserwerkung im Anschlag von 16 000 M. sind deshalb schon im Budget für 1908/09 Mittel bereit zu stellen, die jetzt im Budgetnachtrag angefordert werden.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 16. Juli

S. Meineid.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Schmitt wurde heute Vormittag die Anklage gegen den 26 Jahre alten Bäcker Karl Muth

aus Kirchhausen, wohnhaft in Ettlingen, wegen Meineids verhandelt. Muth war zur Last gelegt, einen falschen Offenbarungseid geleistet zu haben.

Der Angeklagte erklärte, daß er keinen Meineid geleistet habe. Er mußte aber einräumen, bei seiner eidlichen Einbernahme vor dem Amtsgericht Ettlingen nichts von seinem Fahrrad, seiner Taschenuhr und seinen Augenständen angegeben zu haben.

Die Mutter keidete sich aus und legte sich ohne Gebet zu Bett. Ihr war kalt und ungemütlich. Und Muth, der ihr erst so geschickt und verständig vorgekommen war, erweckte jetzt dumpfe Feindseligkeit in ihr.

"Sie hat ganz recht, Pawel! Nicht im Kopfe, sondern im Herzen liegt der Anfang! ... Das ist so eine Stelle im Innern des Menschen, auf der nichts anderes gedeiht."

"Eingig die Vernunft!" sagte Pawel fest. "Allein die Vernunft wird die Menschen befreien!"

"Die Vernunft gibt keine Kraft!" erwiderte Muth laut und hartnäckig. "Das Herz gibt Kraft — nicht der Kopf, das ist die Sache!"

"Das Heiligum darf nicht leer bleiben. Wo Gott lebt, ist eine frante Stelle ... und wenn der aus der Seele verschwindet, entsteht eine Wunde — so ist es! Pawel, man muß einen neuen Gott, einen Gott für alle schaffen, der weder Richter, noch Krieger, sondern den Menschen Freund ist."

"Ein solcher war doch Christus!" rief Pawel.

"Wart! Christus war nicht fest im Geiste ... Möchte der Mensch an mir vorübergehen — hat er gesagt ... Er hat auch den Kaiser anerkannt ... Ein Gott kann keine Macht über einen Menschen haben, er muß die ganze Macht sein! Er kann seine Seele nicht teilen und sagen: dieser Teil ist göttlich, jener ist menschlich. Wenn er Göttliches verüben will, braucht er nichts Menschliches. Christus aber hat den Sankel anerkannt ... und die Ehe ... und auch den Feigenbaum hat er zu Unrecht verflucht ... War denn der Schuld daran, daß er keine Frucht getragen hat? Meine Seele ist auch nicht aus eigenem Willen unfruchtbar ... aber habe ich etwa selbst Bosheit in sie hineingelegt? So ist es!"

(Fortsetzung folgt.)

nichts zu erlangen, sodaß bei ihm Pfändung vorgenommen wurde. Dieselbe führte aber zu keinem Ergebnis, da bei dem Angeklagten außer Kompetenzklücken nichts gefunden wurde.

Es erweckte sofort den Eindruck, daß Muth nicht die Wahrheit angegeben hatte. Infolge einer gegen ihn erstatteten Anzeige wurde eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis für Muth sehr belastend war und zu dessen Verhaftung führte.

In der heutigen Verhandlung gab Muth gleichfalls zu, daß seine eidlichen Angaben vor dem Amtsgericht Ettlingen unrichtig waren. Er sei sich dessen aber nicht bewußt gewesen, da er zum erstenmale vor Gericht gestanden und nicht gewußt habe, um was es sich handelte.

Dem Wahrspruch der Geschworenen unterlagen zwei Fragen, eine Schuldfrage wegen Meineids und eine Schuldfrage wegen fahrlässigen Fahlschleids.

S. Meineid und Anstiftung.

Zwei noch junge Personen erschienen in der heutigen Nachmittagsitzung vor den Geschworenen, der 20 Jahre alte Schlosser Theodor Karl Christian Arniß aus Karlsruhe und die im gleichen Alter stehende Fabrikarbeiterin Marie Bender

von hier. Arniß war des Meineids, die Bender der Anstiftung, hierzu angeklagt. Den Hintergrund zu dieser Anklage bildete eine Alimentationsklage, die im April ds. Js. vor dem hiesigen Amtsgericht für das uneheliche Kind der Bender geführt wurde.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Mutter keidete sich aus und legte sich ohne Gebet zu Bett. Ihr war kalt und ungemütlich. Und Muth, der ihr erst so geschickt und verständig vorgekommen war, erweckte jetzt dumpfe Feindseligkeit in ihr.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

Die Angeklagte Bender hatte längere Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Schlosser Hermann Schleicher, das zu einem intimen Umgang zwischen den beiden führte.

wurde auch als Zeuge geladen und machte unter seinem Eide die Aussagen, die oben schon wiedergegeben sind.

Diese Anklage führte heute vor das Schwurgericht. Der Angeklagte Arnitz erklärte, daß er unter seinem Eide unwahre Angaben gemacht habe.

Die Angekündigte Wender gab zu, daß sie dem Arnitz mitgeteilt habe, was sie vor dem Vormundschaftsgericht angegeben.

Am die Einvernahme der Angeklagten schloß sich die Beweis-

Der den Geschworenen zur Beantwortung unterbreitete Fragebogen enthielt vier Fragen, bezüglich des Arnitz eine Schuldfrage wegen Meineids und eine Schuldfrage wegen fahrlässigen Falscheids.

7 Monate Gefängnis

gegen die Wender auf

8 Monate Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Ein patriotischer Lügenpeter. Im „Heffischen Kamerad“ wurde ein Kriegerverein in einem „Eingekandt“ eine schürige Betrachtung darüber an, in welcher Weise die Gelber der deutschen Gewerkschaftsbewegung verpöbeln werden.

Table with financial data for Gewerkschaften, including categories like 'Gehalt für die oberen Führer', 'Gehalt für die 300 zweiter Güte', and 'Gehalt für die 500 Wanderredner'.

Der Mann sollte sich schleunigst um eine Stelle im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie bewerben; ist dort gerade keine frei, so wird ihm sicher eine Stelle in einem Fremdenhaufe zu dauerndem Aufenthalt eingeräumt werden.

Kommunalpolitik.

Aue b. Durlach, 14. Juli. Die letzte Bürgerausschuffung, die auf Donnerstag, 9. Juli, abends 7 Uhr, anberaumt war, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Gas- und Wasserleitungsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Durlach und der Gemeinde Aue.

Die überall bei Wasserleitungsprojekten war auch in Aue die Debatte sehr lebhaft und es schien nach der Einleitung des Bürgermeisters, als müßte man gleich „anschrauben“, da verständlich die Gemüter sehr erregt waren.

Nun wäre die erste Annäherung der beiden Gemeinden zur Eingemeindung in die Wege geleitet, die doch mit dem Auf-

klärung der Verhältnisse nicht ausbleiben kann. Von unserer Seite wurden beide Verträge gutgeheißen.

Grüningen, 16. Juli. Eine Bürgerausschuffung findet am Montag, 20. Juli, abends 8 Uhr, statt.

16. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verwandter Berufsgruppen.

Der Verbandstag beschäftigte sich eingehend mit der Gründung der Gesellschaftsbrauerei in Augsburg und sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Maßnahme des Vorstandes und Ausschusses aus, bewilligte auch die Mittel zur zweckentsprechenden Fortführung des Betriebes.

Alsdann folgte Fortsetzung der Diskussion des Berichtes Träger vom Gewerkschaftskongreß. Schrems-Regenburg polemisierte gegen die Ausführungen Winkelmans und Schumanns, sowie gegen die Methode im allgemeinen.

Vorsitzender Ghehl betonte, daß der Brauereiarbeiterverband den meisten Gebrauch von der Waffe des Boykotts gemacht habe. Er selbst sei öfter gegen seinen Willen von verschiedenen Kartellen zur Anwendung dieser Waffe gedrängt worden.

Es folgte nun die Beratung betreffs „Verschmelzung zu einem Verbande der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie“.

Wittich-Frankfurt als Korreferent ist im Prinzip für Industriebünde, glaubt aber, daß die Vorbereitungen hierfür nicht gegeben seien.

Mitglied Winkelman als Korreferent ist im Prinzip für Industriebünde, glaubt aber, daß die Vorbereitungen hierfür nicht gegeben seien.

standes, daß eine größere Organisation eine einflußreichere Stellung im Gewerkschaftsleben einnehme.

Nachdem Träger-Berlin sodann über die Konferenzen mit den Vorständen der beteiligten Organisationen berichtete, entspann sich eine äußerst lebhaft diskutierte Diskussion für und wider die Verschmelzung.

Die Diskussion führte keine Nachteile von dem Zusammenschluß gehabt habe.

Der Verbandstag erklärte sich im Prinzip für die Gründung von Industrieverbänden.

Nachdem dann auch der vorliegende Gegenseitigkeitsvertrag mit Stimmengleichheit abgelehnt war, stimmte der Verbandstag einem Antrag Hils-Karlsruhe zu.

Aus der Partei.

50. Landtagswahlkreis (Durlach-Bradthal). Die Vorherrschen der örtlichen Mitgliedschaften sowie die Vertrauensleute werden ersucht, unverzüglich die in ihren Orten wohnenden Nichtabstimmenden zur Erwerbung des bürgerlichen Staatsbürgerrechts zu veranlassen.

Durmersheim, 17. Juli. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Samstag, 18. Juli, abends 9 Uhr, im Gasthaus zum „Kreuz“, die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins stattfinden.

Glösesheim, 17. Juli. Am Sonntag, 19. Juli, findet in der „Rose“ unser erstes Gartenfest statt.

Ottenu, 16. Juli. Endlich! Seit längerer Zeit vegetiert die Idee, im Mürgtale einen Arbeitergefängnis zu errichten in der Mitte, der unabhängig von dem bürgerlichen Gefängnis die Pflege des Liebes der Arbeit übernehmen soll.

heißt geladene und Gerechtigkeit für diese alten Leuten...

weiterführen in einem des Vereinstätigkeit...

Bei dem seitens der Gewerkschaften meist über den Verein...

Da das hinfällig, um gehen dem Arbeiter...

Demokratische Kraft hat sich und...

Paubische gewählten werden trennen in seiner, die...

Die betrüblichen Fragen von und St. Sänger der...

Deutsch. Transportarb.-Verband

(Sitz: Winterstraße 20).
Samstag den 18. Juli, abends halb 9 Uhr, findet im Lokal Stollenberger untere 3241
Halbjahrs-General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Berichte; 2. Wahl des Gauvorstandes; 3. Verbandsangelegenheiten.
Da einige besonders wichtige Angelegenheiten mit erledigt werden müssen, ist möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Mitgliedsbücher sind vorzubringen!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Verein Bulach.

Samstag, 19. Juli, abends halb 9 Uhr, in der Krone
Mitglieder-Versammlung
mit Vortrag des Genossen Abele-Karlstraße über: 3275
Religion ist Privatsache
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Vorstand.

Waldkirch.

Am Sonntag den 19. Juli veranstaltet die sozialdem. Partei gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell einen
Ausflug
über die Hochburg nach Emmendingen.
Abmarsch um 1 Uhr von der Kastelburg. Wir erwarten von der organisierten Arbeiterschaft eine rege Beteiligung. Auch Damen sind willkommen. 3249
Der Vorstand.

Vergnügungs-Kartell Freiburg.

Sonntag, 19. Juli am Wasserschlößchen
Großes Waldfest
unter Mithwirkung der Kapelle „Harmonie“ des Gesangsvereins „Freundschaft“, der freien Turnerschaft, sowie des Arb.-Kad.-Vereins „frisch Auf“.
Außerdem Kinderbelustigung, Scheibenschießen und Ballwerfen.
In dieser Veranstaltung ladet die Freiburger Arbeiterschaft freundschaftlich ein
Das Vergnügungskartell.

Colosseum

Freitag, den 17. Juli
beim
Martinstor
(Trambahnhaltstelle).
Von Donnerstag, 16. Juli ab 8. ersten Male Gang neu! Die großartige Fortsetzung von 3243
Sherlock Holmes
Der Hund von Baskerville
Schauspiel aus dem schottischen Hochland von Ferd. Bonn.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billetvorverkauf: Zigarrenhaus Rump, Kaiserstr. 89.
Billete wolle man rechtzeitig bestellen.

Arbeiter

kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterleibern etc. am vorteilhaftesten bei 3212
D. Feinmetz, Freiburg, Unterlinden 5,
Gras Weinstraße gegenüber.
Mitglied des Rabatparvereins.

Branntwein

zum Ansehen
per Liter 70, 80 Pf. u. M. 1
Nordhäuser Kornbranntwein
Kirschen- und Zwetschgenwasser empfiehlst 3039
W. Erb
am Sidellplatz.

Erstklassiges Fabrikat!

Präzisionsarbeit in höchster Vollendung.
Gritzner Freilaufnabe „Helios“
Beste Bremsnabe! 3257
Vertreter:
Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstr. 99

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hagsfeld, meinen werten Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich am
Samstag, den 18. Juli, die
Wirtschaft zur Kanne
übernehme. Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung guter Speisen, eines ff. Stoffes Bier aus der Unionbrauerei, sowie reiner Weine, mir die Zufriedenheit meiner werten Gäste zu erwerben. 3256
Um geneigten Zuspruch bittet
Adolf Wurm.



Karlsruher
Sprach- und Handelsschule
„Germania“
Dir. Karl Kramer
Karl-Friedrichstr. 1
Eing. Zirkel, Telephon 505

- Buchführung
 - Rechnen
 - Korrespondenz
 - Wechsellehre
 - Maschinenschreiben
 - Kontorarbeiten
 - Stenographie
 - Anmeldungen täglich
 - Stellenvermittlung
- Erstklassiges Musterkontor
Niemand wird ohne Stellung entlassen.

Freiburg

Colosseum
beim
Martinstor
(Trambahnhaltstelle).
Von Donnerstag, 16. Juli ab 8. ersten Male Gang neu! Die großartige Fortsetzung von 3243

Arbeiter

kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterleibern etc. am vorteilhaftesten bei 3212
D. Feinmetz, Freiburg, Unterlinden 5,
Gras Weinstraße gegenüber.
Mitglied des Rabatparvereins.

Branntwein

zum Ansehen
per Liter 70, 80 Pf. u. M. 1
Nordhäuser Kornbranntwein
Kirschen- und Zwetschgenwasser empfiehlst 3039
W. Erb
am Sidellplatz.

Erstklassiges Fabrikat!

Präzisionsarbeit in höchster Vollendung.
Gritzner Freilaufnabe „Helios“
Beste Bremsnabe! 3257
Vertreter:
Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstr. 99

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hagsfeld, meinen werten Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich am
Samstag, den 18. Juli, die
Wirtschaft zur Kanne
übernehme. Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung guter Speisen, eines ff. Stoffes Bier aus der Unionbrauerei, sowie reiner Weine, mir die Zufriedenheit meiner werten Gäste zu erwerben. 3256
Um geneigten Zuspruch bittet
Adolf Wurm.

L. Bader, Mostkonservenfabrik, Ulm a. D.



patentamt. geschützt! 1870
Nur Bader's Mostkonserven
ergeben ein Getränk, das von echtem Obstmost nicht zu unterscheiden ist; es ist deshalb der beste u. billigste **Apfelmost!**
Erlaubt für Nicht zu verwechseln mit Substanzen, Mottelartstoffen u. dergl. Es stellt sich
das Liter auf ca. 6 Pfg.
Extra 50 100 150 Str.
Qualität 1,90 3,50 5,20 M
Niederlagen:
Karlsruhe, Otto Leibhammer, Kaufm., Mühlburg.
Willy Bayer, Küfer, Lessingstraße 49.
Job. Maier, Sangestr. 150.
Mühlburg.
August Furrer, Handlung, Otto Benroy, Kaufmann.
Frg. Hiltner, Kankestr. 28.
Allmannsweiler, Karl Durr, Volkstr. 11.
U. a. M., Otto Ball.
Auerbach, A. J. Müller, Spez. Bahnbrücken, H. Schmidt.
Berghausen, Stephan Mai.
Blankenloch, L. R. Seig.
Durlach, Konium-Verein.
J. Link, Schlossermeister.
Anton Strauß, Kfm.
Emmendingen, Friedr. Frieß.
Forschheim, Frg. Lav. Dell.
Job. Winter, Kfm.
Freitett, Gg. Hügel II, Big.
Grödingen, Ludwig Krumm, Kol-Waren.
Grünwettersbach, Christ. Dell, Hblg.
Hagsfeld, Friedr. Kaupp, Kfm.
Hochstetten, S. Wagner.
Höllingen, Karl Schnorr, Bäcker.
Kniekingen, Karl Klotter, Kfm.
Willy Wollensack, Handlung.
Neuburgweiler, Joh. Schwarz, Röttingen, Joh. Schneider, Kfm.
Doss, Emil Flug, Lebensmittel u. Schuhwaren.
Pforzheim, Karl Friedr. Bauer, Guttingerstr. 13.
Louis Bauer, Kaufm., Karl-Friedrichstr. 90.
Karl Lupus, Metzgerstr. 13 a.
Rintheim, Luise Walther, Hblg.
Rothenfels, Otto Braun, Kfm.
Ruhheim, Friedr. Zimmermann, Stubferth, Joh. Pfisterer, Hblg.
Teutscheneuth, Joh. Stiefel, Kolon-Waren.
Weingarten, Aug. Nicolaus, Küfer, J. Schmitt.
Welschnereuth, J. B. Weiß, Handlg.
Wöllingen, Wilh. Mees, Manufakturw. B. Wagner.

Hobenwettersbach.

Für die hiesige Filiale wird für 1. August ein Austräger oder Trägerin als Filialinhaber des „Volkstreuend“ gesucht. Anmeldungen werden in der Expedition des Blattes angenommen.

Wirtschaft zur Kanne, Hagsfeld.

Empfehle meine Lokalitäten (großer Saal), ff. Unionbier, reine Weine, gute Speisen.
3258
Hochachtend
Adolf Wurm, Wirt.

Kaliol

gesehlich geschützt, bestes billigstes Waschmittel
Tausende von Anerkennungen.
Garantiert unschädlich für die Wäsche.
Nur echt mit nebenstehender Schutzmarke.
Überall erhältlich. Alleinige Fabrikanten:
2834 Seifenfabrik Werrach (Baden).

Prima Rotwein

garantiert naturrein, per Liter von
48 Pfg.
empfiehlt die
Spanische Weinhandlung
Magin Mayner & Co.

Bergebung von Bauarbeiten.

Die nachstehenden Bauarbeiten für verschiedene städt. Gebäude sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:
1. Pflasterarbeiten (Holzement),
2. Pflasterarbeiten (Holzement),
3. Zimmerarbeiten (Dachstuhl),
4. Zimmer- bzw. Schreinerarbeiten (Speicherboden),
5. Schreinerarbeit (eichener Klemmenboden),
6. Pflasterarbeit (Torra nova),
7. Pflaster- und Anstreicherarbeiten,
8. Tapezierarbeiten,
9. Zementarbeiten,
10. Pflasterarbeiten.
Zeichnungen, Bedingungen u. Arbeitsverzeichnisse, welche nach auswärts nicht verlangt werden, liegen auf dem städt. Hochbauamt, Rathaus, zweites Obergeschoss, Geschäftsnummer Nr. 122, zur Einsicht auf. Ebenfalls sind die Angebote bis
Donnerstag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.
Karlsruhe, 14. Juli 1908.
Städt. Hochbauamt.

Diwan (Kauape)

ist wegen Abreise um 28 Mr. sofort zu verkaufen.
Schützenstraße Nr. 16, im Hof links.

6000 Mark

auf 1. Hypothek zu leihen gesucht. Off. unter B. L. 500 an die Exp. d. Bl. erbeten. 3220

Ladeneinrichtung

passend für ein kleineres Kolonialwarengeschäft, billig zu verkaufen. Zu erst. im Volkstreuend.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 4.—11. Juli: Max August Heinrich, B. Josef Ed. Kaufmann, Georg Ludwig Otto, V. Georg Gustav, Ludwigmann, Rudolf, V. Franz Thle, Lokomotivbeizer, Karl Emil, V. Johann Nonnenmacher, Wagenführer, Erwin August Wilhelm, B. August Gerhardt, Schlosser, Gertrud, V. Heinrich Seig, Maschinen-Ingenieur, Erich Gustav, B. Adolf Schumacher, Kaufmann, Elisabeth Margarete Emma, V. Friedrich Dehn, Kantor, Gertrud Ida, B. Karl Hildenbrand, Tapezier, Hermann Heinrich, B. Hermann Kaffetter, Masch.-Arbeiter.

Colosseum

Freitag, den 17. Juli
beim
Martinstor
(Trambahnhaltstelle).
Von Donnerstag, 16. Juli ab 8. ersten Male Gang neu! Die großartige Fortsetzung von 3243

Arbeiter

kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterleibern etc. am vorteilhaftesten bei 3212
D. Feinmetz, Freiburg, Unterlinden 5,
Gras Weinstraße gegenüber.
Mitglied des Rabatparvereins.

Branntwein

zum Ansehen
per Liter 70, 80 Pf. u. M. 1
Nordhäuser Kornbranntwein
Kirschen- und Zwetschgenwasser empfiehlst 3039
W. Erb
am Sidellplatz.

Erstklassiges Fabrikat!

Präzisionsarbeit in höchster Vollendung.
Gritzner Freilaufnabe „Helios“
Beste Bremsnabe! 3257
Vertreter:
Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstr. 99

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hagsfeld, meinen werten Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich am
Samstag, den 18. Juli, die
Wirtschaft zur Kanne
übernehme. Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung guter Speisen, eines ff. Stoffes Bier aus der Unionbrauerei, sowie reiner Weine, mir die Zufriedenheit meiner werten Gäste zu erwerben. 3256
Um geneigten Zuspruch bittet
Adolf Wurm.

Colosseum

Freitag, den 17. Juli
beim
Martinstor
(Trambahnhaltstelle).
Von Donnerstag, 16. Juli ab 8. ersten Male Gang neu! Die großartige Fortsetzung von 3243

Arbeiter

kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterleibern etc. am vorteilhaftesten bei 3212
D. Feinmetz, Freiburg, Unterlinden 5,
Gras Weinstraße gegenüber.
Mitglied des Rabatparvereins.

Branntwein

zum Ansehen
per Liter 70, 80 Pf. u. M. 1
Nordhäuser Kornbranntwein
Kirschen- und Zwetschgenwasser empfiehlst 3039
W. Erb
am Sidellplatz.

Erstklassiges Fabrikat!

Präzisionsarbeit in höchster Vollendung.
Gritzner Freilaufnabe „Helios“
Beste Bremsnabe! 3257
Vertreter:
Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Kaiserstr. 99

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hagsfeld, meinen werten Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich am
Samstag, den 18. Juli, die
Wirtschaft zur Kanne
übernehme. Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung guter Speisen, eines ff. Stoffes Bier aus der Unionbrauerei, sowie reiner Weine, mir die Zufriedenheit meiner werten Gäste zu erwerben. 3256
Um geneigten Zuspruch bittet
Adolf Wurm.

Sängersktion des Arb.-Bild.-Vereins „Eintracht“ Zürich.

Gesangverein „Lassallia“ Karlsruhe.

Samstag, 25. Juli, abends halb 9 Uhr findet im großen Festhallsaal zugunsten der Ferienkolonie ein

Wohltätigkeits-Konzert

statt. Hierzu laden wir die verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe mit der Bitte um zahlreiche Unterstützung freundl. ein.

Eintrittskarten à Person 30 Pfg., sowie Programme sind am Eingang erhältlich.

Vereinigte Arbeiter-Vereine Durlach.

Sonntag, den 26. und Montag, den 27. Juli 1908 auf der Festwiese beim Waldhorn

Großes Volksfest.

Programm:

Sonntag Nachmittag 2 Uhr: Aufstellung zum Festzug bei der „Hume“, Abmarsch 3 Uhr mit Musik durch die Stadt zum Festplatz.

Montag Nachmittag 1 Uhr: Zusammenkunft im Gasthaus zum „Lamm“, 2 Uhr Abmarsch mit Musik auf den Festplatz.

Beide Tage große Volks- und Kinderbelustigung, Glückshafen.

Eintritt 10 Pfg. à Person. Hier aus der Brauerei Wagner.

Arbeiter und Arbeiterfrauen auf zum Volksfest.

Der Festausschuß.

Markt- und Lädenpreise

für die Woche vom 5. Juli bis 11. Juli 1908. (Mitgeteilt vom Statistischen Landesamt.)

Table with columns for Erhebungsorte, various food items (Kartoffeln, Roggenmehl, Brot, etc.), and prices per 100 kg or 1 kg.

Zucker für die Einmachzeit



kaufen Sie am besten und billigsten im 3254

Kaffee-Geschäft Gebr. Kayser

- List of products and prices: Hutzucker 22, ausge-schlagen 23, Crystallzucker 22, etc.

Prima Qualitäten.

Filialen in Karlsruhe: Nur 113 Kaiserstrasse 113, 229 Kaiserstrasse 229

Der Räumungs-Verkauf

zu ausserordentl. günstigen Angeboten dauert nur noch bis 20. Juli.

J. Schneyer, Werderplatz.

Stadtgarten - Theater Karlsruhe.

Freitag, d. 17. Juli 1908

Ein Waltertraum

(Novität).

Oberette in 3 Akten von Felix D. Mann u. Leopold Jacobson. Musik von Oskar Strauß.

Anfang 8 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telefon 2008

Bretten. Samstag den 18. Juli, abends punkt 8 Uhr im Gasthaus zum Engel, Mitgliederversammlung.

Ettingen. Samstag den 18. Juli, abends punkt 8 Uhr im Gasthaus zum Löwen, Mitgliederversammlung.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Fleischer Filiale Karlsruhe.

Sonntag, den 19. Juli findet unser diesjähriges

Gartenfest

im Gottesauer Schloße, Durlacher Allee, verbunden mit Preisregeln, Preis-schießen und Glückshafen statt. Abends von 9 Uhr ab Tanz.

Hierzu sind unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden freundlichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerschaft Bulach.

Sonntag den 19. Juli,

Großes Garten-Fest

verbunden mit Gesang, Musik, Schachturnen usw., wozu unsere Mitglieder, Freunde und Gönner ergebenst einladen.

Der Turnrat.

Arbeiter-Gesangverein Frohsinn Elchesheim

Am Sonntag den 19. d. M. findet in der Rose

Gartenfest

statt, verbunden mit Scheibenschießen, Plattenwerfen, Ring-schießen, sowie Musik und Gesang, wozu freundlichst einladen.

Der Festausschuß.

Vereinigte freie Gewerkschaften Gaggenau.

Sonntag den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr in der

Sommer-Fest

Programm: Nachmittags 3 Uhr, Gartenkonzert, Volks-belustigung, Glückshafen. Abends 8 Uhr, Festrede, halten von H. Gurschig, Theater, „Im schönsten Rammeln“ Auftreten der Arbeiterabfahrer, darauffolgend großer Ball.

Arbeiter! Helft dieses Fest verschönern, helft es zu einem wirklichen Feste der Arbeit zu machen.

Der Festausschuß.

Festhalle (grosser Saal)

Montag den 10. August, abends 8 Uhr

Konzert

des

Essener Männer-Gesangvereins

Sängerzahl: 120. Leitung: Ludw. Riemann. Mitwirkende: Konzertsängerin Frau Hedy J. cema-Brügelmann aus Eöln und Violinvirtuosen Herr Walther Schulze-Priska aus Chicago.

Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Schmidt, Lammstraße 8, Eingang Kaiserstraße. Tel. 164.

Bekanntmachung.

Während der Getreibeernte der nächsten 14 Tage — von Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet — sind die Lauben einzulagern. Zuwiderhandlungen werden nach § 30 der Feldpolizeiordnung bestraft.

Karlsruhe, den 10. Juli 1908. Bürgermeisteramt.

Zur Einmachzeit

empfehlen:

Ia Tafel-Wein-Essig

l. 24 Pfg.

bei 5 l. 22 Pfg.

Ansetz-Branntwein

p. l. ca. 1 l. 75 Pfg.

mit Flasche.

p. l. ltr. offen 60 Pfg.

bei 5 ltr. 55 Pfg.

garantiert echten

Nordhäuser

p. l. ca. 1 ltr. 1 M.

mit Flasche.

55 Pfg. m. l. eigene Literflaschen werden mit 15 Pfg. zurückergeben.

Hutzucker

l. 24 Pfg.

5 Pfd. à 23 Pfg.

im ganzen Out. ca. 10 Pfd. 22 1/2 Pfg.

im ganzen Out. ca. 25 Pfd. 22 Pfg.

Krystall-Zucker

l. 23 Pfg.

bei 5 Pfd. 22 Pfg.

Orig.-Sad 43 2/5

Kandis-Zucker

schwarz Pfd 34 Pfg.

sowie sämtliche

Gewürze

in garantiert reiner Ware 8101

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Telephon Nr. 460

in den bekannten Verkaufsstellen.

Preise ab Verkaufsstelle.

Versand nur gegen Nachnahme.